

Afrika: Kein Ausweg aus der Armutsfalle? Reparationen, Schuldenerlass, fairer Handel oder was sonst?

Podiumsveranstaltung am 19. Juni 2001
im Juridicum der Universität

Dr. Lawford Imunde

Evangelische Akademie Loccum

Prof. Dr. Kum´a Ndumbe III

Freie Universität Berlin

Dr. Elísio Macamo

Universität Bayreuth

Prof. Dr. Cord Jakobkeit

Direktor des Instituts für Afrikakunde,
Universität Hamburg (Gesprächsleitung)

Cord Jakobkeit: Eine der Funktionen, die der Direktor des Hamburger Instituts für Afrikakunde wahrzunehmen hat, ist die Beantwortung von Anfragen von Journalisten aus den Medien. Wann immer es in Afrika zu einem Putsch kommt, eine kriegerische Zuspitzung stattfindet, Weiße zu Schaden kommen, wann immer Katastrophen eintreten, läuten die Telefone. Afrika wird hierzulande im Wesentlichen als der Kontinent der vier ›K‹, der ›Kriege, Krisen, Katastrophen und Krankheiten‹, wahrgenommen. Dabei handelt es sich zwar weitgehend um ein Konstrukt, das allerdings nicht ohne reale Grundlage ist. Warum hat Afrika dieses schlechte Image?

Tatsächlich ist knapp ein Drittel der Staaten im subsaharischen Afrika – in dem großen ›Krisengürtel‹ von Angola über Zentral-Afrika, die Demokratische Republik Kongo bis zum Süd-Sudan – in kriegerische Konflikte involviert. Außerdem gibt es den Konfliktherd in West-Afrika mit Sierra Leone und den angrenzenden Staaten. Verglichen mit der Bereitschaft zur ›humanitären Intervention‹ im ehemaligen Jugoslawien, ist die Neigung der westlichen Industrieländer zu einem Engagement in Afrika gering. Zu fragen wäre, ob und inwieweit die Leit motive außenpolitischen oder sicherheitspolitischen Handelns auf der Welt teilbar sind.

Dabei erscheint die politische Entwicklung des Kontinents im Vergleich zur Situation vor 15 Jahren deutlich als positiv. Seit 1990 verzeichnet eine Vielzahl von Staaten eine reale Ausweitung bei der politischen Partizipation der Bewohner und eine allgemein verbesserte Menschenrechtsslage. Die Meinungsfreiheit und die Handlungsmöglichkeiten für zivilgesellschaftliche Organisationen sind vielerorts vergrößert. So ist es z.B. in Senegal und Ghana

nach fairen Wahlen zu einem friedlichen Machtwechsel gekommen. Im Jahr 1990 gab es nur fünf Mehrparteien-Demokratien in Afrika, inzwischen sind es 38. Oft wird der Einwand erhoben, es handle sich bei diesen Mehrparteiensystemen nur formal um Demokratien. Vielmehr seien es Pseudo- oder ›Fassadendemokratien‹, hybride Regime, die noch eine deutliche Dominanz von neopatrimonialen, klientelistischen Strukturen aufwiesen, wo informelle Machtnetzwerke die Entscheidung über die Verteilung der zur Verfügung stehenden Ressourcen trafen. Der Zunahme an verbesserten Möglichkeiten zur politischen Partizipation steht also ein nachlassendes Engagement der demokratischen, auch zivilgesellschaftlichen Kräfte gegenüber, weil man vielerorts an Grenzen stößt.

Die politische Entwicklung in vielen afrikanischen Staaten während der 90er Jahre scheint nicht mit gleichem Tempo fortsetzbar zu sein. Denn andererseits erleben wir vielerorts eine Zunahme der kriegerischen Konflikte, sehen zerfallende staatliche Strukturen, eine oft fehlende wirksame Organisation staatlicher Gewaltausübung und Kontrolle des Territoriums und eine abnehmende Beziehung zur staatlichen Einheit. Sie existiert vielfach nur noch als formale Hülle mit Zugriffsmöglichkeit allenfalls noch auf die Hauptstadt oder manchmal nur Teile davon.

Die ökonomische Situation und Entwicklung Afrikas stimmt noch weit weniger zuversichtlich. Es gibt nur wenige Staaten, die sich seit 1960 dauerhaft erfolgreich ökonomisch entwickeln konnten: Ausnahmefälle wie Botswana, Mauritius, Seychellen – sehr kleine Staaten, Randstaaten, die nur eingeschränkt zur Gruppe der Staaten im subsaharischen Afrika gerechnet werden können. Die meisten anderen Länder weisen seit 1960 nur niedrige bzw. sogar negative Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts auf. Im Verhältnis zu den hohen bzw. kaum gebremsten Wachstumsraten der Bevölkerungszahl bedeutet das ein stagnierendes oder sogar sinkendes Pro-Kopf-Einkommen. Legt man die gängigen Sozialindikatoren an, so wäre in der Konsequenz der Bevölkerung im subsaharischen Afrika zu etwa drei Vierteln die Zugehörigkeit zu einer Armutsgруппierung zu bescheinigen.

Die Zahlen etwa der Weltbank oder anderer Entwicklungsorganisationen zur künftigen Entwicklung machen überdies deutlich, dass das heutige Armutsniveau in Afrika, das für die große Masse der Bevölkerung bereits verheerend ist, nur bei jährlichen Wachstumsraten des Bruttoinlandsproduktes von 4-5 % zu halten wäre. Um die Armut zu reduzieren, müsste die Größenordnung etwa doppelt so hoch sein. Wer aber weiß, dass im Durchschnitt der letzten vier Dekaden das jährliche Wachstum südlich der Sahara bei nur 2 % gelegen hat, dem muss hinsichtlich der ökonomischen Perspektiven angst und bange werden. Zwar gibt es einige produktive Zentren insbesondere im Bereich der Rohstoffausbeutung, wie einzelne Staaten im Golf von Guinea,

die in den letzten Jahren zu Erdölexporteurs geworden sind. Aber die Art der Nutzung dieser Ressourcen stimmt schnell wieder skeptisch.

Auch im Bereich sozialer Entwicklung, etwa bei den Ausgaben im Bereich des Gesundheits- und Bildungswesen, bildet Afrika weiterhin das Schlusslicht. Das uns vertraute Bild, das die Entwicklung im subsaharischen Afrika im Wesentlichen durch die Landwirtschaft geprägt sei und 70-80% der Erwerbsbevölkerung in der Landwirtschaft tätig ist, wird schon im Jahre 2015 nicht mehr stimmen. Wir bekommen es auch in Afrika mit einer vehementen Urbanisierung zu tun, so dass den Prognosen zufolge dann über die Hälfte der Bevölkerung in Städten leben wird. Wer afrikanische Großstädte kennt, kann sich ausmalen, welche Schwierigkeiten für den Zugang zur Grundversorgung, zu einem Arbeitsplatz und zu sozialen Grundleistungen sich ergeben werden.

Bereits jetzt gibt es eine enorme Jugend- und allgemeine Arbeitslosigkeit. Wenn wir unter soziologischen oder ethnologischen Perspektiven genau hinsehen, können wir auch die starken Selbstheilungs- und Selbstorganisationskräfte in afrikanischen Zentren wahrnehmen. Wie weit solche Potentiale unter den schwierigen Bedingungen wirklich tragen können, bleibt offen.

Betrachten wir die Situation Afrikas in *ökologischer* Hinsicht, so müssen wir eine zunehmende *Desertifikation* konstatieren, auch wenn dies derzeit ein vernachlässigtes Thema ist. Wir haben es in vielen Fällen mit einer massiven Degradierung von Böden zu tun und mit einem schon in vielen afrikanischen Staaten deutlichen Wassermangel. Die Abholzung der Wälder, der Verlust der Artenvielfalt sind weitere Probleme, die nicht nur das Amazonasbecken oder Südostasien betreffen, sondern gerade auch Staaten, in denen wir es mit bürgerkriegsähnlichen Zuständen zu tun haben. Und die Problematik des Zugangs zu Land ist zumindest als eine Hintergrundvariable für den Genozid in Ruanda 1994 anzusehen.

Schließlich droht im subsaharischen, insbesondere im südlichen Afrika das Damoklesschwert der HIV- / AIDS-Pandemie, die im Wesentlichen den produktiven Teil der Gesellschaften trifft. Das Leid ist unermesslich, die Zahl der jährlichen HIV-Todesopfer liegt inzwischen weit über der Zahl der Opfer kriegerischer Konflikte in Afrika. Wir haben es mit einer Größenordnung zu tun, die das Maß der Sklavenverschleppung im ganzen letzten Jahrhundert binnen weniger Jahre schon übersteigen wird: Es sind über 25 Millionen Infizierte in afrikanischen Gesellschaften, und in einzelnen Staaten insbesondere des südlichen Afrika liegen die Infektionsraten bei der erwerbsfähigen Bevölkerung bei mehr als einem Drittel. Selbst wenn künftig in Südafrika eine einheimische Versorgung mit bezahlbaren Medikamenten bestehen wird, so kommt die Diagnose einer HIV-Infektion für fast alle Menschen im subsaharischen Afrika noch einem Todesurteil gleich. Bisher reagiert die westliche Staatengemeinschaft auf diese verheerenden Entwicklungen kaum.

Die Frage nach den Auswegen aus dieser *Armutsfalle* beschäftigt weltweit viele Menschen. Wissenschaftler, aber auch die direkt Betroffenen in Afrika selbst fragen sich, wie dieser zum Teil verheerenden, kaum zu Hoffnung Anlass gebenden Situation in Afrika zu entkommen ist.

Wir wollen zunächst die Frage erörtern, ob *Reparationszahlungen* der westlichen Industriegesellschaften für Afrika berechtigt und notwendig sind und was mit ihnen erreicht werden kann. Sodann werden wir über die Problematik der ›*Armutsfalle*‹ reden und dabei ein Memorandum deutscher Afrikawissenschaftler vom Herbst 2000 berücksichtigen. Drittens wollen wir uns der Frage des *Schuldenerlasses für afrikanische Staaten* zuwenden und viertens die Thematik des gerechten oder ›*fairen*‹ Handels aufgreifen. Fünftens werden wir ein Stichwort untersuchen, das neuerdings die innerafrikanischen Diskussionen mindestens im südlichen Afrika bestimmt: das ist die Frage nach der so genannten ›*afrikanischen Renaissance*‹. Dabei streifen wir auch das Thema einer künftigen afrikanischen Union, eines das gesamte Afrika umfassenden Staatenbunds, der nach dem Vorbild der Europäischen Union die Integration in Afrika vorantreiben und die seit 1963 bestehende Organisation für Afrikanische Staaten ersetzen soll.

Schließlich wollen wir uns auseinandersetzen mit der Rolle der Eliten in Afrika. In der zuerst 1991 auf Französisch, dann 1995 in deutscher Ausgabe unter dem Titel *Weder arm noch ohnmächtig* erschienenen *Streitschrift gegen schwarze Eliten und weiße Helfer* vertrat *Axëlle Kabou* die Position, dass die ganze Diskussion über die Verantwortung westlicher Staaten für Sklaverei, Kolonialismus, ›unfairen‹ Handel, Schuldenausbeutung und Ähnliches die wirkliche Ursache für die Misere der afrikanischen Entwicklung verfehle, nämlich die verheerende Rolle, die die Eliten dabei spielten.

Ob und in welcher Form Afrika eine Reparationszahlung für das erlittene Unrecht und Leid aus fast 250 Jahren Sklaverei zusteht, wird seit dem Ende der Sklaverei, seit 1865, immer wieder erörtert und gegenwärtig besonders in den USA stark diskutiert. Sind solche Forderungen berechtigt und angemessen, oder gehen sie am Kernproblem der afrikanischen Entwicklung vorbei?

Elísio Macamo: Ich sehe gewisse Parallelen zwischen der gegenwärtigen Situation in Afrika und der europäischen Lage während des Dreißigjährigen Krieges. Ursache vieler Kriege waren Armut, religiöser Fanatismus, politische Instabilität und der Prozess der Staatenbildung in Zentraleuropa. Diese Faktoren haben einen Teufelskreis von Gewalt, Armut und Instabilität erzeugt. Besonders Deutschland war damals Schauplatz von Konflikten, Kriegen und des Größenwahns sowohl einzelner Individuen als auch einzelner Staaten. Wenn damals Wissenschaftler eine Denkschrift wie das erwähnte »Afrika-Memorandum« verfasst hätten, so wäre wahrscheinlich Europa die Fähigkeit zur nachhaltigen Entwicklung nicht nur für die folgenden 50 Jahre abgespro-

chen worden, sondern für die folgenden 400 Jahre. Europa hätte wohl für 400 Jahre als strukturell instabil gegolten. Es ist aber in Europa anders gekommen, und daraus ziehe ich Hoffnung für Afrika.

Der Dreißigjährige Krieg begann im Jahr 1618. Ein Jahr danach, 1619, landeten in Nordamerika die ersten 20 afrikanischen Sklaven. Der anschließende Zwangsexport von Afrikanern nach Amerika dauerte sehr lang. Zwischen 10 und 20 Millionen Afrikaner wurden in die Sklaverei verkauft.

Europa hat Afrika während seiner 500 Jahre andauernden Präsenz in Afrika in ein weltumspannendes Herrschaftssystem seiner wirtschaftlichen Interessen einbezogen. Man hat versucht, Afrika im Sinne einer bestimmten Religion zu zivilisieren. Man hat neue Staaten in Afrika gegründet. Man hat aber auch Wirtschaftsflüchtlinge aus Europa nach Afrika und anderswohin exportiert. Damals hießen sie ›Siedler‹. Wie man aus *Bertolt Brechts* Theaterstück über *Mutter Courage und ihre Kinder* zu Zeiten des Dreißigjährigen Krieges weiß, haben Kriegszustände immer die Tendenz, Leute hervorzubringen, die von diesen Umständen leben. Sie können sich vorstellen, dass wir in 500 Jahren nicht nur eine Mutter Courage, nicht nur ihre Kinder, sondern viele Enkelkinder hervorgebracht haben, die dazu beitragen, dass der Teufelskreis der Gewalt in Afrika nicht aufbricht.

Winston Churchill hat einmal gesagt, dass die Geschichte ihm gestohlen bleiben könne, denn er habe vor, sie zu schreiben. Das sollten wir auch beherzigen. Die Art der Europäer, Afrika zu betrachten, lässt sich auf zwei Gesichtspunkte reduzieren: Da sind einmal die guten Absichten der Europäer und zum anderen der Widerwille der Afrikaner. Als die Europäer kamen, um das Christentum einzuführen, blieben die Afrikaner lieber bei ihrer Magie. Als die Europäer kamen, um Afrika zu kolonisieren und dadurch zu zivilisieren, bestanden die Afrikaner auf ihrer Unabhängigkeit. Als Europa mit der Entwicklungshilfe versuchte, den Afrikanern zu helfen, verharteten diese in Korruption und Neopatrimonialismus. – Afrika weigert sich, offen zu weinen. Diese Wahrnehmung prägt die Beziehungen zwischen Europa und Afrika. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach Reparationen, und dabei möchte ich für eine Ethik der Verantwortung plädieren.

Die Reduzierung der Geschichte auf diese Gegensätze ist problematisch. Sie soll nicht bedeuten, die Afrikaner hätten keine Fehler gemacht. Meine Bitte an Europa aber ist, dass es sich nicht aus der eigenen Verantwortung stehlen möge. Diese Verantwortung gegenüber Afrika besteht nicht *per se*, sondern erst aufgrund des an Afrika begangenen Unrechts. Und sie gilt für das europäische Handeln und seine moralischen Begründungen gegenüber seinen eigenen Werten und der eigenen Geschichte Europas. Europa hat eine moralische Pflicht. Wenn wir allerdings die Frage der Reparationen zu sehr betonen, laufen wir Gefahr, die Afrikaner zu instrumentalisieren: Die Almosen im europäischen Mittelalter waren nicht nur konzipiert als Hilfe für

Bedürftige, sondern auch als eine Art Tauschhandel mit den Armen, die durch den Empfang dieser Almosen den Gebenden Gottes Segen verschafften.

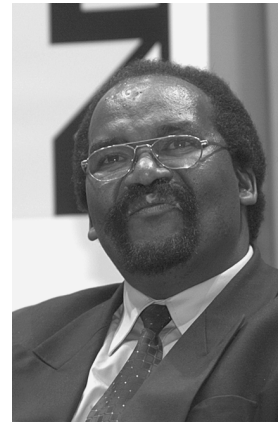
Die Europäer müssen auch den Mut haben, Fehler einzugestehen, die sie sich in den letzten 500 Jahren geleistet haben. Auch wir Afrikaner haben eine Verantwortung unserer Geschichte gegenüber. Diese Verantwortung lässt sich nicht als Recht oder als Anspruch auf Hilfe von Europa übersetzen, sondern eben als moralische Verpflichtung, dass wir auch etwas für uns selbst tun. Wir sollten die Zahlung von Reparationen nicht als Möglichkeit begrüßen, dass sich die Europäer von ihrer Verantwortung freimachen und sich dann von uns verabschieden können. Stattdessen müssen sie sich mit der eigenen Geschichte auseinandersetzen, den Mut haben, Fehler einzugestehen, und ein bisschen mehr Geduld gegenüber Afrika aufbringen.

Cord Jakobit: In der Debatte über Reparationszahlungen werden konkret 777 Milliarden US-Dollar für einen Entschädigungsfonds eingefordert, und einige afrikanische Staaten wollen diese Thematik auf die Tagesordnung der im September 2001 in Südafrika stattfindenden UNO-Weltrassismus-Konferenz setzen. Sollte hier wirklich eine konkrete Summe im Vordergrund stehen? Herr Ndumbe, Sie haben ganz eigene Erfahrungen mit der deutschen Kolonialvergangenheit gesammelt.

Kum'a Ndumbe: Vor Jahren schon habe ich gefordert, die Deutschen müssten Farbe bekennen. Nicht nur sei es nötig, die Vergangenheit aufzuarbeiten. Auch eine Entschädigung müsse gezahlt werden. Ein Karlsruher Professor reagierte entsetzt und sagte:

»Um Gottes Willen! Wir haben schon die Juden, jetzt kommen auch noch die Afrikaner.« Mich hat sehr beeindruckt, dass ein Universitätsprofessor genau wie jemand von der Straße reagieren konnte.

Ich komme aus Kamerun. Wenn ich sage: »Wir haben eine gemeinsame Geschichte«, dann ist das in Deutschland, anders als in Kamerun, kaum noch bekannt. Ich reklamiere noch heute, dass die aus dem Palast meines Großvaters von den Deutschen geraubten Kunstgegenstände vom Münchner Völkerkundemuseum zurückerstattet werden. Der zuständige bayerische Kultusminister *Zehetmair* verweigert die Rückgabe der Gegenstände mit Verweis auf deren hohen Wert und die schlechte Haushaltslage des Landes. Man sei aber gern bereit, auf meine Kosten eine Kopie anfertigen lassen. Die Leute, die den Palast meines Großvaters niederbrannten, führten ein Tagebuch, das



Lawford Imunde

1901 veröffentlicht wurde. Der Leiter der Expedition hatte die Wertgegenstände aus dem Haus geholt und nach München gebracht. Aber auch das ändert an der Position von Herrn Zehetmair nichts.

Das zeigt doch: Wir sind noch nicht so weit in unseren Beziehungen. Afrika ist ein Konstrukt Europas. Afrika wird international und paradoxerweise auch in Afrika selber mit europäischen Augen gesehen. Und da die Industriestaaten die Medien, auch alle Publikationen weltweit beherrschen, die in Afrika auch in den Hochschulen gelesen werden, hat auch die so genannte ›Elite‹ letztendlich nur den Blick Europas auf Afrika.

Wenn ich sage »Afrika ist die Zukunft!«, dann lachen die Leute und sagen: »Was soll denn das? Afrika geht's doch so schlecht«. Aber ich behaupte, Afrika ist die Zukunft, und zwar auch die Zukunft Europas. Sicherlich findet man dort Aidskranke und Sterbende, aber es gibt auch ein ganz anderes



Elísio Macamo, Cord Jakobeit, Kum'á Ndumbe III

Afrika zu entdecken. Wir haben das Problem, dass Afrika noch nicht so weit ist, Afrika selbst zu sein. Wir müssen uns zunächst mit uns selbst versöhnen, und wir müssen uns mit der Welt versöhnen. Europa muss uns endlich mal in Ruhe lassen, damit wir unseren eigenen Weg gehen. Europa hat Afrika seit 500 Jahren um seine Freiheit und um seine Entwicklung gebracht. Bitte bringt uns keine Modelle und Patentlösungen mehr. Wir sind mit Intelligenz bedachte Menschen, und wir können unsere eigenen Lösungen finden. Ich kenne kein Land, das sich mit Hilfe importierter Modelle entwickelt hat, ohne eigene Systeme erdacht zu haben. Die Eliten, von denen die Rede ist – Leute, die europäische Schulen besucht haben und zu Hause eine Art Statthalterssystem weiterführen –, sind nicht die Elite Afrikas. Ihr Versagen war absehbar, denn sie wissen so wenig von Afrika. Selbst die Universitätsstudenten

in Jaunde, von denen später die Lösung der Probleme Afrikas erwartet wird, wissen wenig von Afrika und sind deswegen eine große Gefahr für ihr Land. Sie können eigentlich nur Agenten des Auslands in Afrika werden. Man stelle sich vor, die gesamte politische und wirtschaftliche Elite Deutschlands würde in China ausgebildet, in chinesischer Sprache, mit chinesischer Geschichte, chinesischen Strukturen – und sie müsste anschließend deutsche Probleme lösen. Darum bitte ich die Europäer, uns in Ruhe zu lassen – was aber nicht heißt, dass Europa sich seiner Verantwortung entziehen soll.

Europa hat sich an dem so genannten Dreieckshandel mit Sklaven, Zucker und Waffen bereichert, und das in einer Zeit größter Kapitalakkumulation, die die industrielle Revolution ermöglichte und die einen Riesenvorsprung Europas bewirkte. Dann war Europa stark genug, Afrika zu kolonialisieren. Die Forderung nach Reparationen ist also nicht einfach abzutun. Aber solche Reparationen wird es erst geben, wenn die Afrikaner international stark genug zu sind, um Druck ausüben zu können. Ich glaube überhaupt nicht an die These in dem Papier der deutschen Kollegen, die behaupten, in den nächsten 50 Jahren gäbe es keine Aussicht auf Entwicklung. Leider haben diese Wissenschaftler es nicht für nötig gehalten, afrikanische Kollegen in diese Studie einzubeziehen, um zu gemeinsamen Schlüssen zu kommen. Wenn über Afrika ernsthaft geforscht werden soll, dann bitte im Dialog!

Cord Jakobeit: Übereinstimmend erklären uns die Historiker, dass etwa 12 Millionen Afrikaner als Sklaven nach Amerika und in die Karibik gebracht wurden, aber auch etwa 10 Millionen nach Arabien und sogar nach Indien. Fast die Hälfte der späteren Sklaven wurde demnach über zentral- und ostafrikanische Wege verschleppt. Offenbar gibt es in den rund 250 Jahren des Sklavenhandels eine Mitverantwortung afrikanischer Potentaten. Muss diese Form der Sklaverei nicht in das Nachdenken über einen Entschädigungsfonds einbezogen werden? Gibt es da heute Rechtsnachfolger, die Entschädigungen leisten könnten? Oder werden diese womöglich durch das Argument entlastet, damals sei dieser Handel erlaubt gewesen?

Kum'a Ndumbe: Die Mitverantwortung afrikanischer Herrscher ist unbestreitbar. Aber wer hat sie an die Macht gebracht? Im Fall des kongolesischen Herrschers *Mobutu* war es die CIA. Gegen die eigene Bevölkerung verteidigt wurde er von Franzosen, Belgiern und Deutschen, die das finanziert haben.

Stirbt jemand bei uns, so fragt man: »Wer hat die Tür aufgemacht, dass dieser Schaden eintreten konnte?« Die Europäer verweisen heute gern auf die Korruption afrikanischer Herrscher, die in Wahrheit ihre Statthalter sind. Die Afrikaner stehen ja am Anfang der Aufarbeitung ihrer Geschichte. Sie müssen selbst erkennen, was passiert ist. Sie müssen sich mit sich selbst und dann mit der Welt versöhnen. Heute, wo es keine Menschenrechte, aber ausufernde

Brutalitäten gibt, fragt man sich, woher das kommt. Die letzten fünf Jahrhunderte in Afrika waren von nichts als von Despotismus gekennzeichnet. Geherrscht wurde nur mit Gewalt und mit Blut. Wir haben unser Schicksal nicht mehr in der eigenen Hände nehmen dürfen. Das ist das eigentliche Erbe nach der Kolonisation. Die Afrikaner müssen die Möglichkeit bekommen, die relevanten Probleme überhaupt erst einmal anzusprechen. Aber die großen Themen – z.B. die Kampagne zur ›Linderung der Armut‹ – werden von außen, von den USA oder der Europäischen Union gesetzt. Die Afrikaner müssen aber selbst in die Lage kommen, ihre Hauptprobleme zu definieren. Wir, die europäisierten Intellektuellen Afrikas, sind eine große Gefahr für unseren Kontinent. Wir müssten zurückkehren und zunächst mal lernen, was unsere Länder sind und wo ihre Probleme wirklich sind. Dann sollten wir zu den alten Männern gehen und von ihnen lernen. Werde ich aber als Professor noch zu einem alten Mann gehen und lernen?

Cord Jakobeit: Wenn ich Herrn Ndumbe richtig verstehe, so ist er aufgrund seiner Beurteilung der gegenwärtigen afrikanischen Eliten der Meinung, ein Entschädigungsfonds, egal welcher Größe, wäre im Moment eher kontraproduktiv. Teilen Sie diese Auffassung, Herr Macamo? Wie sollte man mit derartigen Reparationsforderungen umgehen?

Elísio Macamo: Die Frage nach Reparationen ist schwierig. An wen sollen diese Zahlungen gehen? An Gemeinschaften? An Volksgruppen? An Staaten? Wie soll das aussehen? Wie soll das geregelt werden? Die wirklichen Probleme liegen im Bereich der Verantwortung und der Art und Weise, wie man mit der Geschichte umgeht. Die Diskussion bekommt vor allem in Amerika eine Eigendynamik. Dort werden Zahlen genannt, und man benennt potentielle Empfänger dieser Entschädigung, nämlich die Afro-Amerikaner, die eine starke Lobby haben und seit vielen Jahren versuchen, ein Gesetz zur Entschädigung von Schwarz-Amerikanern in den Kongress einzubringen. Wenn das gelingt, wird die amerikanische Regierung die Kosten nicht allein übernehmen und auch andere Leute in die Pflicht nehmen wollen. Aber ich glaube nicht, dass man so die Vergangenheit bewältigen kann.

Cord Jakobeit: Lassen Sie uns zum Kernthema des Abends, den möglichen ›Auswegen aus der Armutsfalle‹ kommen. Das Wort hat Lawford Imunde.

Lawford Imunde: Ich möchte hier unter dem Motto »a new politics of minds« für eine erneuerte politische Einstellung gegenüber Afrika sprechen. Damit meine ich eine Politik, die in der Lage wäre, endlich die wirklichen Probleme des Kontinents anzugehen und Lösungsansätze für sie zu finden. Eine solche neue Politik kann und sollte ihre Anregungen aus den vorkoloni-

alen demokratischen Traditionen Afrikas beziehen und zugleich für die Gesellschaft des heutigen Afrikas relevant sein. Und sie müsste so beschaffen sein, dass sich die Menschen in Afrika gern darauf einlassen.

Erprobte Lösungen aus der Zeit vor der kolonialen Enteignung Afrikas können die nötigen Anstöße für die Modernisierung der Institutionen bieten. Das Argument, vorkoloniale Lösungen seien für das moderne Afrika irrelevant, ist durch den vielerorts sichtbaren Zusammenbruch westlicher Entwicklungsmodelle der vergangenen 40 Jahre entkräftet. Afrikas Rückgriff auf Ideen und Wertvorstellungen aus vorkolonialer Zeit muss also nicht besonders begründet werden. Dieser Schritt ist seit langem überfällig und hätte schon vor 40 Jahren getan werden sollen.

Dass Afrika heute in der Falle der globalen kapitalistischen Machtkultur im Gewand der privaten Institutionen des Marktes sitzt, ist unbestreitbar, das weiß jedes Kind. Weniger offensichtlich ist die Tatsache, dass in verschiedenen afrikanischen Ländern das Bemühen um ein gesellschaftliches Gleichgewicht und um Entwicklung weitergeht, trotz der vielen Natur- und hausgemachten Katastrophen und auch unbeschadet feindseliger Kritik.

Was hat diese Suche ergeben? Im Hinblick auf das heutige Sierra Leone könnte man antworten: »Gar nichts«. Aus der Perspektive eines Landes wie Südafrika dagegen verspricht die Suche ergiebiger zu sein. Es geht dabei um mehr als das, was uns die Vergangenheit gezeigt hat.

Seit der Unabhängigkeit von der Kolonialherrschaft hat afrikanische Politik versagt und getrogen. Als die nationalistischen Führer von den scheidenden Herren die Macht übernahmen, ließen sie die Kolonialherren ihre Staatsmodelle nach Afrika übertragen und akzeptierten diese als Bedingung für die Unabhängigkeit. Die neuen Führer übernahmen die diktatorischen Kolonialinstitutionen und hielten sie für ein Mittel der Unabhängigkeit.

Nkrumahs Rat an die andern Nationalisten der 60er Jahre: »Suchet zuerst das politische Reich, so wird euch alles andere zufallen«, zeigt nicht nur die Naivität dieser Option, sondern offenbart auch das paradoxe Festhalten am Erbe kolonialstaatlicher Strukturen, die sich bis heute in vielen afrikanischen Staaten unverändert erhalten haben. Man hätte erwartet, dass diese Führer mit dem Erreichen der Unabhängigkeit nach Mitteln und Wegen gesucht hätten, die kolonialstaatliche Maschine zu zerbrechen und sie durch die populären älteren, präkolonialen Strukturen zu ersetzen. Stattdessen machten sie sich daran, vieles von dem, was von der traditionellen Demokratie übrig geblieben war, auch noch zu zerstören. Wie jeder heute weiß, haben Afrikas Führer fast die ganzen 40 Jahre der Unabhängigkeit damit verschwendet, mit ungeeigneten, von außen kommenden Modellen herumzuxperimentieren. In Afrika gibt heute jeder bereitwillig zu, dass alle diese Bemühungen um die Entwicklung des Kontinents gescheitert sind. Dieses Scheitern ist die Bankrotterklärung des westlichen Entwicklungsmodells: Es geht dem Kontinent

heute schlechter als zur Zeit der Unabhängigkeit vor fast einem halben Jahrhundert. Und zumindest hat Afrika damit viel Zeit verloren.

Immer klarer zeigte sich, dass das Kolonialerbe, die Strukturen und Herrschaftssymbole des Kolonialstaats, nicht einfach abgelegt werden können und dass die Afrikaner mit diesem Erbe, und das Erbe mit ihnen, sozusagen zum Stillstand gekommen war. Gerechterweise sei angemerkt, dass keiner der Pioniere des Nationalstaats sich zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit ein Scheitern des übernommenen Staatsmodells vorstellen konnte.

Seitdem waren afrikanische Führer so sehr mit dem Kampf um ihr eigenes Überleben beschäftigt, dass sie keine Zeit hatten, das Leben der Armen in ihren Ländern zu verbessern. Schließlich wurden nach und nach auch die Ideale der Unabhängigkeitskriege aufgegeben, und damit war die Sache der afrikanischen Nationalbewegungen endgültig verraten. So konnte die politische Unabhängigkeit nicht zu der erhofften und von westlichen Ökonomen prophezeiten wirtschaftlichen Autonomie und zu nachhaltigem Wachstum führen. Die afrikanischen Nationalstaats-Bewegungen erreichten für ihre Länder zwar die Unabhängigkeit, setzten aber der Ausbeutung kein Ende, sondern verschärften diese vielfach noch.

Die beklagenswerten Fehlschläge und vergeblichen Bemühungen in Folge der Erfahrung Afrikas mit Modellen von außen bedürfen der kritischen Analyse jener Theorien und Strategien, die im Bereich der Entwicklung seither angewandt worden sind, um zu Alternativen zu kommen. Die aufkommenden neuen Technologien und die gewaltigen geopolitischen Allianzen, die gegenwärtig der Welt Gestalt und Richtung geben, müssen unweigerlich zu einer weiteren Marginalisierung Afrikas führen. Afrika verfügt gegenwärtig weder über genügende technologische Stärke noch über das geopolitische Potential, um sich global Respekt zu verschaffen.

So hat Afrika keine andere Wahl, als seine geringe Chance der Umgestaltung zu nutzen und gleichzeitig der von seinen stärkeren Nachbarn ausgehenden Macht zu widerstehen. Die nächstliegende Wahl für den Kontinent wäre, sich vom System des freien Marktes abzukoppeln und das Heil in der Autonomie und einer von unten, vom ›kulturellen Mutterleib‹ des afrikanischen Kontinents ausgehenden Entwicklung zu suchen. Damit wären allerdings viele technische, ökologische und ideologische Probleme verbunden.

Die Herausforderung ist, erhaltenswerte gesellschaftliche Elemente und Systeme in Afrika mit den Merkmalen der globalen Zivilisation sinnvoll zu verbinden. Aber: Nur jene, die in Afrika leben, können den Kontinent verändern, und es ist noch fraglich, ob sie es allein, ohne fremde Hilfe, schaffen können. Es dient nicht der Sache Afrikas, wenn man die Probleme ignoriert oder klein redet. Aber der mit dem Glauben an die Zukunft Afrikas verbundene Wille der Afrikaner ist unbezwingbar. Das lässt hoffen, dass afrikanische Führungen künftig ihre verengten Perspektiven zugunsten einer *inklusi-*

veren Vision fallen lassen werden, in der der Mythos nationaler Souveränität und die Macht von Personen verblassen und überkommene Vorstellungen sich aufzulösen beginnen.

Die vielen Ordnungen und Modelle, die in den vergangenen 40 Jahren überall auf dem Kontinent ausprobiert worden sind, haben manche sozio-ökonomische Gewinne erbracht, aber einen guten Teil der traditionellen Stärke der afrikanischen Gesellschaft wegbrechen lassen. Diese Modelle haben nicht funktioniert. Anstatt seine eigene Geschichte und Kultur zum Nutzen seiner Völker fruchtbar zu machen, hat Afrika immer versucht, die ungeeigneten Erfahrungen Europas für die eigene Entwicklung zu nutzen. Dies ist die Ursache für sein Scheitern. Afrika muss aufhören, mit den falschen Modellen zu arbeiten, und damit beginnen, eigene Modelle auszuarbeiten oder sie aus seiner eigenen Kultur und Geschichte zu schöpfen. Das Grundanliegen für Afrika muss es sein, einen Weg zu finden und ihm zu folgen, der zu einer Wiederherstellung von Legitimität, ethisch-politischer Rechenschaft (Transparenz) und solcher Strukturen führt, in denen Regierende und Regierte einander hinreichend trauen und Respekt zollen können. Diesen Weg haben die afrikanischen Pioniere des Nationalstaats verpasst.

Alle Afrikaner und Afrikakenner sind einig darin, dass der Kolonialstaat illegitim war, weil er ein Eroberungsstaat war und blieb. Paradoxerweise konnte der Nationalstaat auch in Afrika mit der Zeit ein gewisses Maß an Legitimität erlangen, und daran kann man nicht vorbeigehen. Die Tatsache, dass die Hinterlassenschaft des Kolonialismus – nämlich das Projekt, als Nachfolger und Erben der Kolonien separate Nationalstaaten zu bilden – eine gewisse Legitimität erworben hat, ändert aber nichts an deren Brutalität. Die Überzeugung der Pioniere des Nationalstaats, dass »kein Volk eine einflussreiche Stellung unter den Nationen erreichen kann ohne unterschiedene und effiziente Nationalität«, hat in hohem Maße dazu beigetragen, den gegenwärtig existierenden Nationalstaaten Legitimität zu verschaffen. Mit diesem Staatsverständnis aber, einem Erbe des Imperialismus, ist Afrika nicht auf den Weg des Fortschritts gebracht worden und nicht befreit von Uneinigkeit und Verzweiflung. Das System der Nationalstaaten, wie es heute in Afrika praktiziert wird, ist überlebt. Hoffnung für die in Afrika Lebenden verspricht nur eine Politik des *Inklusivismus* und der Partizipation. Es gilt, einen neuen Staat zu erfinden, den die Bürger als gültige und lohnende Repräsentation ihrer Interessen und als Schutz ihrer Rechte verstehen und respektieren. Zu denken ist an ein Regierungssystem, das den Massen auf dem Land ein spürbares Maß praktischer Selbstverwaltung gewähren und eine Politik verfolgen würde, die am Primat der Bürgerinteressen festhält. Die Vision einer anderen Zukunft, die die Erfahrungen der einfachen Menschen und ihre Praxis der Teilhabe an der Selbstverwaltung und Selbstbefreiung einschließt, lässt die Beteiligung des Volkes und des ›Faktors Mensch‹ als Kern des einzig mög-

lichen Entwicklungsparadigmas für Afrika wieder neu deutlich werden. Allein die Abkehr von einem Zentralismus, der den Kolonialstaat nachahmt, und ein Wechsel zu mehr demokratischer Teilhabe böten die Aussicht, dass sich auch eine größere Öffentlichkeit dafür stark machte und den Wechsel durchsetzte, wenn sie dazu ermutigt würde.

Wie aber schaffen wir Strukturen echter Partizipation? Und wenn wir sie haben, wie stellen wir sie sicher und lassen sie sich entfalten? Die Antwort: Afrika muss anfangen, sich selbst neu zu erfinden, nämlich den Fluss seiner Geschichte, seiner indigenen Selbstentwicklung, wiederzuentdecken, der durch die koloniale Enteignung vor hundert Jahren abgebrochen war. Es muss reflektiert werden, was die afrikanische Geschichte über erprobte und dauerhafte Regierungsformen zu sagen hat. Da wird der Umriss einer Gesellschaft sichtbar werden, in der der Monarch eher den Vorsitz führte als herrschte, wo es eine dezentralisierte Macht gab, öffentliche Rechenschaftspflicht und wirtschaftliche und soziale Anreize, wo also wirksame Partizipation eine gültige und beständige Regierungsform war. Zwar waren die Elemente der politischen Praxis in den westlichen Industrienationen – politische Parteien, Wahlsysteme, Rolle der Medien usw. – vielen politischen Gemeinschaften in Afrika nicht vertraut. Trotzdem gab es bereits eine demokratische Teilhabe des Volks an seiner Regierung, die auf Zustimmung und Konsens basierte. Die Demokratie, die in Afrika vor der kolonialen Enteignung existierte, steht in starkem Gegensatz zu dem Totalitarismus, der in den nachkolonialen Nationalstaat hineingetragen und verlängert wurde. Die Mehrheit der Afrikaner hat diesen Zentralismus gründlich satt, und es gibt heute auf dem Kontinent zahllose Bürgerinitiativen und -bewegungen, die sich außerhalb des bürokratischen Zentralismus des neokolonialen Staats um neue Formen der Selbstorganisation bemühen.

Jede dieser Initiativen wird durch örtliche Bedürfnisse und Ressourcen genährt und vor allem von dem Wunsch getragen, an der Beschlussfassung über das Geschick der eigenen Gemeinschaft teilzuhaben. Die Existenz und Legitimität dieser Bewegungen muss im Westen allerdings erst noch erkannt und vor allem: unterstützt werden. Lässt sich an der Basis der afrikanischen Gemeinschaft etwas Konstruktives finden, im Ethos zum Beispiel? Die kolonialistische Sicht will dies nicht erkennen. Afrikanische Stimmen aber verweisen auf das Ethos der afrikanischen Gesellschaft, das eine Quelle der Inspiration, der Zivilität und der Kraft zur Selbstkorrektur ist – Eigenschaften, die zu einer ›afrikanischen Renaissance‹ führen können.

Die ›Armutsfalle‹, in der Afrika steckt, ist ein besorgniserregendes Problem. Mehr noch muss uns die sich ausweitende, ungleiche globale Verteilung des Einkommens bzw. der Güter Sorgen bereiten. Die Armut als strukturelles Phänomen ist nicht dadurch zu bannen, dass den Armen der Lebensunterhalt gewährt wird, ohne die zugrundeliegenden Strukturen wie den nationalstaat-

lichen Apparat und die Mechanismen der Einkommens- und Vermögensverteilung zu verändern, wie sie heute in vielen Ländern Afrikas gelten.

Zentralproblem der Entwicklung Afrikas ist das koloniale Erbe des totalitären Staates. Die überkommenen kolonialen Institutionen und Diktaturen machten es den Menschen unmöglich, sich an der Regelung ihrer eigenen Angelegenheiten zu beteiligen. Die Lösung liegt darin, den langen Weg zu einer Aktualisierung des traditionellen politischen Wissens des vorkolonialen Afrikas zu gehen. Wenn Afrika seine Institutionen neu strukturieren soll, muss es sich selbst »neu erfinden«, wie *Thomas Sankara* es formulieren würde. Die afrikanische Geschichte muss als unteilbares Ganzes gesehen werden, als durchgängiger Strom, der tief in der Vergangenheit gründet. Der Wert des geschichtlich vorhandenen, indigenen Entwicklungsmodells für Regierung, Wirtschaft, Technologie und soziale Entwicklung muss in seiner Bedeutung und seinen Auswirkungen neu erkannt werden.

Die ererbten kolonialen Institutionen waren nicht von Dauer. Ihr einziger ›Erfolg‹ in den letzten 100 Jahren bestand darin, die Afrikaner ihrer Kultur und Geschichte zu entfremden. Hier aber ist das Wissen eingeschlossen, wie durch effektive Beteiligung der Gebrauch und Missbrauch politischer Macht und eine gesellschaftliche Fortentwicklung gesteuert werden können.

Das Projekt der institutionellen Neustrukturierung verlangt, dass die Architekten der ›Renaissance‹ die Grenzen und Vorschriften des neokolonialen Nationalstaats überschreiten, und dieser Vorgang muss klug, entschieden und nachvollziehbar schnell stattfinden. Hierbei sollten Elemente westlicher Demokratie mit kosmologischen Konzepten und gesellschaftlichen Wertvorstellungen Afrikas kombiniert werden, um die Menschen zur Mitwirkung an ihrer Regierung zu befähigen. Afrikas authentische Wissenssysteme sollten nicht banalisiert, sondern ernst genommen werden. Gewiss sind afrikanische Welt- und Wertvorstellungen »anders«, aber sie sind in gleicher Weise gültig und unter afrikanischen Bedingungen überlegen. Die Afrikaner müssen aufwachen und sich der Tatsache stellen, dass Menschen nicht entwickelt werden können, sondern sich nur selbst entfalten können. Sie müssen erkennen, dass nur sie selbst die Aufgabe haben, Afrika zu entwickeln. In verschiedenen Teilen Afrikas gibt es Anzeichen, dass Menschen daran arbeiten, ihre Situation zu verändern, ihre eigene Geschichte neu zu gestalten. Die Schwierigkeiten und Risiken, die damit verbunden sind, sind zahlreich und offenkundig, doch sind dies Risiken, die Afrikaner auf dem Kontinent und in der Diaspora auf sich nehmen müssen, wenn sie Afrika in einen lebensfreundlichen Wohnplatz verwandeln sollen, so wie es ursprünglich angelegt war.

Cord Jakobeit: Im Zusammenhang der Forderung nach umfassender Partizipation aller Teile afrikanischer Gesellschaften möchte ich Herrn Macamo um seine Einschätzung der neuen Initiative von Weltbank und Währungsfonds

bitten, die den multilateralen Schuldenerlass mit der Verpflichtung zur Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure an den Entscheidungen über die Verwendung der freigesetzten Mittel koppelt. Ist das für Mosambik ein tragfähiges Modell oder wieder nur eine westliche Projektion aus Washington?

Elísio Macamo: Die Frage der Armutsbekämpfung ist natürlich eine sehr ernste Frage. 290 Millionen Afrikaner sind absolut arm. Sie leben unterhalb der Armutsgrenze, mit nur einem Dollar pro Tag. In einer solchen Situation sollte nicht überlegt werden, welche Auflagen mit finanzieller Hilfe verbunden werden sollten, sondern wie man diesen Menschen schnell helfen kann. Das ist eine sehr problematische Art, mit der Not umzugehen, und im Falle von Mosambik ist es noch fragwürdiger, weil das Land jetzt zumindest formell eine Demokratie ist. Die Forderung einer Beteiligung der Zivilgesellschaft geht am Problem vorbei. Priorität muss sein, den bedürftigen Menschen zu helfen. Eine andere Frage ist es, welche Schlüsse aus der Armutssituation in Mosambik und anderswo in Afrika zu ziehen sind. Wir brauchen in Afrika eine Stärkung der sozialen Sicherungssysteme. Es kann nicht allein den informellen, verwandtschaftlichen Beziehungen überlassen bleiben, Leute aufzufangen, die in Schwierigkeiten geraten sind. Die Fähigkeit der Staaten, Menschen in Not zu helfen, muss gestärkt werden. Die Stärkung der staatlichen Institutionen ist ein Beitrag zur Demokratisierung, denn nur in den Pflicht- und Rechtsbeziehungen zwischen Staat und Bürger kann ein politischer Raum der zivilgesellschaftlichen Partizipation entstehen.

Die Diskussion über Auflagen bei der Vergabe von Entwicklungshilfe ist nicht neu. Seit 40 Jahren versucht man, Afrika zu entwickeln, und immer wenn etwas schief läuft, sind die Afrikaner schuld – nie die Leute, die solche Dinge initiieren. So werden im Fall des Versagens der neuen Armutsbekämpfungsstrategie wieder die Afrikaner für den Schaden verantwortlich gemacht werden. Dabei ist der Handlungsspielraum der Regierung in Mosambik oder anderer Länder, die solche Programme einführen sollen, sehr eng. Mosambik z.B. hatte bis vor fünf Jahren einen recht starken Industriesektor, der vor allem durch die Produktion von *Cashew*-Nüssen geprägt war. Es gab Fabriken zu deren Entkernung, die vor allem Frauen beschäftigten. Die Weltbank aber, die im Rahmen der Strukturanpassungsprogramme ein Mitspracherecht in Mosambik hat, argumentierte, dass diese Arbeit dort teurer als in Indien sei und schlug der Regierung vor, die Fabriken zu schließen und die Aufträge nach Indien zu vergeben, wo die Produktion u.a. deshalb billiger ist, weil sie dort auch Kinder verrichten. In langen Diskussionen mit der Weltbank und dem IWF konnte sich die Regierung Mosambiks nicht durchsetzen, musste – um weitere finanzielle Leistungen der Weltbank zu erhalten – die Subventionen einstellen. Die Fabriken mussten schließen. Wenige Jahre später kam eine Weltbank-Studie zu dem umgekehrten Ergebnis, dass die von der Weltbank

durchgesetzte Politik im Bereich der Cashew-Fabrikation unsinnig war. Die Weltbank argumentierte, sie habe die mosambikanische Regierung nicht gezwungen, sondern nur dargelegt, dass die Produktion in Indien billiger sei und es in der Verantwortung der Regierung Mosambiks liege, die Vor- und Nachteile ihrer Entscheidung abzuwägen. Das stimmt zwar, verdeutlicht aber gleichzeitig, dass niemand bereit ist, Verantwortung für die irrsinnigen und unvernünftigen Ratschläge zu übernehmen, die gegeben werden.

Cord Jakobeit: Herrn Ndumbe, teilen Sie die Skepsis gegenüber der Struktur-anpassungspolitik, egal ob mit zivilgesellschaftlicher Beteiligung oder ohne? Und weiter: Was halten Sie von dem geforderten Rekurs auf die afrikanische Vergangenheit und die vorkolonialen Traditionen und wie sehen Sie die Perspektive einer ›afrikanischen Renaissance‹?

Kum'a Ndumbe: ›Zivilgesellschaft‹ hat es in Afrika immer schon gegeben, und es ist merkwürdig, dass im Diskurs der Entwicklungspolitik diese neu erfunden wird, indem von außen finanzierte, so genannte Nicht-Regierungsorganisationen beteiligt werden sollen. Zivilgesellschaft, das waren zum Beispiel zu Zeiten meines Vaters organisierte und namentlich bezeichnete Alters- bzw. Jahrganggruppen. Auch für Frauen und Jugendliche gab es solche Gliederungen. Diese zivilgesellschaftlichen Organisationsformen sind allerdings entmachtet worden, ohne dass man etwas Neues geschaffen hat.

Wer jetzt aus Amerika kommt und mit seinem Geld irgend etwas in Afrika machen möchte, gründet eine NGO, die sein Konzept umsetzt. Das genau brauchen wir nicht. Vielmehr geht es darum, die Frage zu beantworten, was die Afrikaner eigentlich wollen, woher sie kommen, was in den letzten Jahrhunderten mit ihnen passiert ist und wie sie künftig ihren Weg gehen können.

Eine meiner Studentinnen hat jetzt eine wunderbare Arbeit über die Versöhnungskommission in Südafrika geschrieben, aus der Sicht der Opfer. Das ist die ›afrikanische Renaissance‹, die wir meinen. Nach dem Zweiten Weltkrieg fand in Deutschland das Nürnberger Tribunal statt. Gefragt wurde nach Schuld und Unschuld der Beteiligten, und entsprechend wurden die Täter bestraft. Auch bei einem Konflikt in Afrika muss man Täter und Opfer identifizieren. Das Wichtigste aber ist, das Gleichgewicht der Gesellschaft wiederherzustellen, d.h. zu einer Versöhnung zu kommen, damit die vitalen Kräfte in der Gesellschaft wieder in Harmonie funktionieren können. In einem Konflikt muss der Täter zunächst einmal seine Tat bekennen, und er muss sie bereuen können. Aber der andere muss auch dahin kommen, verzeihen zu können. Dieser Vorgang ist ein Palaverprozess, wie bei den Sitzungen der Versöhnungskommission in Südafrika – z.B. in dem wunderbaren Film *Long Night Journey into Day* – sichtbar wurde: so viele Reden! Das ist die ›Renaissance Afrikas‹: Man versucht, Prinzipien, die die afrikanische Gesell-

schaft zusammengehalten haben, in ein modernes System umzusetzen. Wäre dies nicht geschehen, so hätten wir heute Krieg und damit die totale Destabilisierung Südafrikas. Afrika hat eine Chance, wenn es seine eigenen Prinzipien umsetzt. Wir wollen nicht in die Primitivität zurückkehren; schließlich leben wir in einer modernen Zeit. Aber mich interessiert, was die Gesellschaft damals stabilisierte, was der kulturelle Hintergrund war. Als Politologe darf ich in Afrika nicht nur über die Verfassung Amerikas oder die Verfassung der Bundesrepublik lehren, sondern müsste sagen können, welche politischen Systeme von der Zeit Altägyptens mit welchen Schwächen und welchen Stärken bis heute bestanden haben und wie diese Systeme heute fruchtbar werden könnten.

So ist es auch in der Medizin, die in Dakar oder Jaunde gelehrt wird wie in Berlin. Aber wer heilt die Afrikaner? Die Masse der Afrikaner geht nicht in die modernen Krankenhäuser. Etwa 70% leben auf dem Lande und haben nur Zugang zur so genannten traditionellen Medizin, die leider nicht gefördert und modernisiert wird.

Afrika ist wirklich die Zukunft, nicht nur für Afrika. Durch diese Renaissance wird auch Europa einen großen Fortschritt machen können. Ich weise meine europäischen Kollegen immer darauf hin, dass ich ihre Sprache spreche, mich auf sie zu bewege. Das bereichert mich, und das ist es auch, was sie tun sollten. Wer diese Chance nicht nutzt, hat selber Schuld. Ich werde dadurch dialogfähig. Wenn der Dialog aber nur entstehen kann, indem wir Eure Sprache sprechen, wird es kein Dialog werden, und Ihr könnt Euch nicht bereichern. Deshalb ist diese afrikanische Renaissance etwas Wunderbares und eine große Bereicherung, auch für Europa. Europa hat die Technologie großartig entwickelt. Aber sind die Menschen glücklich? Man braucht mehr als das, und das genau hat Afrika und kann Afrika anbieten.

Publikum: Sollen sich die westliche Entwicklungspolitik und die Entwicklungshelfer aus Afrika zurückziehen?

Kum'a Ndumbe: Beides müsste sich ändern. An der FU Berlin versuche ich ein anderes Afrikabild zu vermitteln und schicke regelmäßig Studenten in Familien und in Gruppen nach Afrika. So wächst eine neue Generation, nicht von Entwicklungshelfern, sondern von dialogfähigen Menschen, die die wechselseitigen Stärken erkennen.

Publikum: Für welche Regionen in Afrika soll die Idee eines Moratoriums der Entwicklungshilfe gelten? Hier ist verallgemeinernd von Gesamtafrika die Rede gewesen. Auf dem Kontinent leben aber 2.600 ethnische Gruppen, und es gibt mindestens ebenso viele Sprachen. Europa hat dagegen 48 Sprachen. Südlich der Sahara liegen 46 Staaten, die ein Gesamtbruttosozialprodukt von

jährlich 260 Milliarden Dollar erwirtschaften – ebenso viel wie Belgien übrigens. Herr Ndumbe, wäre ein generelles Entwicklungshilfe-Moratorium für fünf oder zehn Jahre, wie von namhaften Afrikanern gefordert, angemessen?

Kum'a Ndumbe: Sicherlich muss man differenzieren. Aber die Probleme sind sehr ähnlich: die gemeinsame Geschichte der Sklaverei, des Kolonialismus und Neokolonialismus. Ja, ich fordere: Keine Entwicklungshilfe! Entwicklungshilfe ist ein Widerspruch in sich: Sie können mir nicht helfen, mich zu entwickeln. Wenn ich aber selbst ein Konzept für meine eigene Entwicklung habe, dann kann ich einen Bedarf für diesen oder jenen Teil feststellen und eine Kooperation anregen, die für beide Seiten von Vorteil ist. Die so genannte Entwicklungshilfe diente zur Zeit des Kalten Krieges den Gebern im Osten wie im Westen dazu, bestimmte Länder an sich zu binden. Der Begriff war ein politischer Slogan, bestimmt für die eigenen Bevölkerungen. Wenn es z.B. jetzt heißt, Mosambik bekäme 100 Millionen Dollar aus den USA oder aus Deutschland, dann weiß man schon, dass davon mindestens 80 Millionen in den USA oder in Deutschland bleiben. Nicht einmal 5% davon fließen als Kapital nach Mosambik.

Unser Problem heute ist das Problem des Kapitals: eine Kapitalakkumulation zustande zu bringen. Denn sobald Geld ins Land kommt, wird es gleich wieder in die Schweiz oder sonst wohin transferiert. Ohne Kapital ist es sehr schwierig, das Land zu entwickeln; eine vollständige Abschottung wäre also keine Lösung. Wir müssen die Frage nach der *Entwicklungseffizienz* der Politik eines Landes bzw. der internationalen Entwicklungszusammenarbeit stellen. Um sie sicherzustellen, brauchen wir allerdings Kapital, aber auch – sowohl bei Ihnen als auch bei uns – eine neue Menschen-Generation, die durch Bildung dialogfähig werden muss. Wir als Afrikaner müssen unseren Komplex ablegen, dass man uns nur ausbeuten will, und die Europäer müssen ihren Komplex überwinden, uns immer sagen zu wollen, wie wir es ›richtig‹ machen sollen. Erst wenn unsere Regierungen und die internationalen Organisationen das verstanden haben, kann man wirklich weiterkommen.

Elísio Macamo: Auf der Internetseite der Welthandelsorganisation (WTO) ist zu erfahren, dass die Länder Europas mehr als 350 Milliarden Dollar als Subventionen an die eigenen Bauern geben. Das verzerrt natürlich den Wettbewerb. Aber auch durch einen wirklich freien Handel würden die Probleme Afrikas nicht automatisch gelöst werden. Im Bereich der Landwirtschaft ist die Frage des Zugangs afrikanischer Produkte zu den Weltmärkten sehr wichtig. Aber vielleicht sollten die Handelsbeziehungen so konzipiert werden, dass die Afrikaner zunächst einmal die Ernährungssicherheit im eigenen Lande gewährleisten, bevor sie auf den Weltmärkten auftreten. Das könnte langfristig eher zu ihrer Wettbewerbsfähigkeit führen. Oft werden die Zahlen

der Armut in Afrika mit sehr viel Einfühlung genannt: 290 Millionen Menschen, die weder Bildungs- noch andere Güter besitzen, müssen mit nur einem Dollar am Tag auskommen. Da ist es für mich völlig klar, dass diesen Menschen rasch geholfen werden muss, und zwar mit Geld, und davon gibt es ja einiges auf der Welt. Zwei Dinge müssen unterschieden werden: zum einen die Hilfe, die rasch kommen muss, und zum anderen die Frage, wie man langfristig die Länder und Staaten Afrikas befähigen kann, ihren Menschen selbst in der Not zu helfen. Wo es aber um Menschen geht, die es eigentlich gar nicht mehr gibt, weil sie unter der Existenzgrenze dahinvegetieren, da muss man helfen, das ist einfach so.

Cord Jakobkeit: Herr Ndumbe, wie könnte dieser eigene Weg konkret aussehen? Wer soll das Geld verteilen?

Kum'a Ndumbe: Die Verteilung sollten zunächst einmal die Leute im bedürftigen Land selbst kontrollieren. Das ist nur möglich, wenn die Elite zur Rechenschaftslegung verpflichtet werden kann, von der Bevölkerung kontrolliert wird und auch abgewählt werden kann. So etwas wie Gegengewichte und Gegenmächte hat es in der afrikanischen Politik immer gegeben. Warum sind denn die Politiker bei uns so arrogant? Weil sie wissen, sie sind nicht rechenschaftspflichtig. Sie wissen, sie müssen nur gute Verbindungen ins Ausland unterhalten, dann könne sie an der Macht bleiben.

Die Globalisierung kann da eine Riesenfalle sein. Afrika wird schon seit 500 Jahren globalisiert, denn seit der Zeit der Sklaverei und des Kolonialismus ist Afrika völlig außenorientiert, ist seine Wirtschaft außenorientiert. Warum hungert man in einem Land, das von der Landwirtschaft lebt? Weil man Bananen und Kaffee produziert, anstatt Nahrungsmittel. Wir müssen von dieser Außenorientierung wegkommen, wenn wir überleben wollen.

Cord Jakobkeit: Künftig ist also eine andere ›Ethik der Verantwortung‹ im Umgang mit Afrika erforderlich, und wir Europäer können einen großen Gewinn daraus ziehen, wenn wir eine Spiegelung der Perspektive zulassen und die herkömmliche Medienwahrnehmung und den Allerwelts-Diskurs über Afrika verlassen. Zur Lektüre möchte ich abschließend den im Auftrag der Deutschen Welthungerhilfe von *Christoph Plate* und *Theo Sommer* herausgegebenen Band *Der bunte Kontinent. Ein neuer Blick auf Afrika* empfehlen, in dem auch von afrikanischen Autoren viele der angesprochenen Dinge vertieft werden. Ich bin überzeugt, dass jeder, der sich in Deutschland wissenschaftlich oder auch journalistisch mit Afrika beschäftigt, dies mit den besten Absichten und dem Wunsch tut, möglichst viel und auch kontinuierlich über den Kontinent zu lernen.